

II-7452 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3617/J

1992-10-14

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Keppelmüller, Slowa Graenitz, Wolfrum
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend PVC-Verbot

Von österreichischen Nationalrat wurde bereits 1990 die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie beauftragt, ein PVC-Verbot für Wegwerfprodukte und Kinderspielzeug aus PVC zu erlassen. Diesem Beschluß standen umfangreiche Studien und Hearings mit in- und ausländischen Experten voran, in denen vor allem die abfallwirtschaftliche Problematik von PVC im Falle der Hausmüllverbrennung offengelegt wurde.

Von Seiten des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie wurden in der Folgezeit mehrere Verordnungsentwürfe fertiggestellt, die regelmäßig an der Unterschrift des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten gescheitert sind. In verschiedenen parlamentarischen Anfragebeantwortungen wurde aber immer wieder versichert, daß ein PVC-Verbot so bald als möglich in Kraft gesetzt werden wird.

Nun wird von der PVC und Umwelt Kommunikations GmbH behauptet, daß das österreichische Umweltministerium die EG-Kommission offiziell davon benachrichtigt hätte, daß es die Initiative gegen PVC fallengelassen hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie daher nachstehende

Anfrage:

1. Ist die Behauptung der PVC und Umwelt Kommunikations GmbH richtig, daß die Umweltministerin die Initiative gegen PVC fallengelassen hat?
2. Wenn nicht, wann ist mit einer PVC-Verbotsverordnung für Wegwerfprodukte und Kinderspielzeug entsprechend den Entschlüssen des Nationalrates aus dem Jahr 1990 endlich zu rechnen?